

Fragen

für die Fragestunde der 155. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 22. April 2020

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Aggelidis, Grigorios (FDP)	55	Klein-Schmeink, Maria (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	24
Aschenberg-Dugnus, Christine (FDP)	39	Kluckert, Daniela (FDP)	3
Badum, Lisa (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) ...	6, 8	Konrad, Carina (FDP)	28, 53
Bayram, Canan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	11, 64	Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	52, 77
Beeck, Jens (FDP)	63	Kraft, Rainer, Dr. (AfD)	33, 57
Brandner, Stephan (AfD)	4, 59	Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	18, 19
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	20, 25	Kühn, Stephan (Dresden) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	13, 23
Dassler, Britta Katharina (FDP)	14	Kühn, Christian (Tübingen) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	73, 74
Djir-Sarai, Bijan (FDP)	26, 79	Kuhle, Konstantin (FDP)	7, 76
Gastel, Matthias (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	49, 50	Lambsdorff, Alexander Graf (FDP)	12, 41
Gelbhaar, Stefan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	46, 47	Luksic, Oliver (FDP)	67, 68
Hänsel, Heike (DIE LINKE.)	36, 37	Mihalic, Irene, Dr. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	69, 70
Herbrand, Markus (FDP)	51, 62	Nestle, Ingrid, Dr. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	17
Herbst, Torsten (FDP)	48, 54	Ostendorff, Friedrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	29, 30
Hocker, Gero Clemens, Dr. (FDP)	40	Peterka, Tobias Matthias (AfD)	65, 66
Hoffmann, Christoph, Dr. (FDP)	9, 56	Polat, Filiz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) ...	71, 72
Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	5, 80	Renner, Martina (DIE LINKE.)	21, 22
Jelpke, Ulla (DIE LINKE.)	38, 78	Rüffer, Corinna (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	43
Jung, Christian, Dr. (FDP)	10, 75		
Kappert-Gonther, Kirsten, Dr. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	44, 45		
Kekeritz, Uwe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	1, 58		

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Schmidt, Stefan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	60, 61	Verlinden, Julia, Dr. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	15, 16
Schulz-Asche, Kordula (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	34, 35	Vogler, Kathrin (DIE LINKE.)	27, 42
Seitz, Thomas (AfD)	2	Zimmermann, Sabine (Zwickau) (DIE LINKE.)	31, 32

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts.....	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz.....	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales.....	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung.....	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur	13
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit	14
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	15
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.....	15
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	16
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat	18

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

1. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Inwiefern stehen nach Ansicht der Bundesregierung die Stornierungen von Bestellungen im Textilsektor und in anderen produzierenden Sektoren durch deutsche und internationale Unternehmen bei den Herstellern in Entwicklungsländern im Einklang mit den Verpflichtungen der Unternehmen im Rahmen der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte sowie dem OECD-Leitfaden zu verantwortlichen Lieferketten im Bekleidungs- und Schuhsektor (www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/corona-krise-modeketten-stornieren-auftraege-in-suedasien-existenzen-bedroht-a-7df369df-f32a-4b4e-9959-1a901140aa90), und welche Konsequenzen zieht sie daraus für die Bewertung hinsichtlich der Notwendigkeit eines Lieferkettengesetzes?
2. Abgeordneter
Thomas Seitz
(AfD)

Zu welchem Zeitpunkt nach dem 21. November 2013 ergaben sich für die Bundesregierung ausreichende Anhaltspunkte, dass es zu einem Konflikt mit Beteiligung militärischer Kräfte um die staatliche Zuordnung der Halbinsel Krim bzw. von Teilen hiervon zwischen der Ukraine und Russland mit hinreichender Wahrscheinlichkeit kommen könnte?
3. Abgeordnete
Daniela Kluckert
(FDP)

Würde das Auswärtige Amt insbesondere vor dem Hintergrund der aktuellen Coronavirus-Krise eine Aufnahme Taiwans in die World Health Organization (WHO) unterstützen (www.deutschlandfunk.de/machtpolitik-mit-dem-virus-warum-china-taiwan-aus-der-who.799.de.html?dram:article_id=470315)?
4. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD)

Welche Einschränkungen von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in welchem Land hat der Bundesminister des Auswärtigen konkret gemeint, als er sich in einem auf welt.de erschienenen Gastbeitrag (www.welt.de/debatte/kommentare/article207211135/Heiko-Maas-Was-Euroa-aus-der-Corona-Krise-lernen-kann.html) zu dem Thema „Corona-Krise“ dahingehend geäußert hat, dass man die Fehlentwicklungen, die diese Krise schonungslos offengelegt habe, korrigieren müsse, wobei er vor allem an die Einschränkungen von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit unter dem Deckmantel der Corona-Bekämpfung, die in Europa nicht hinnehmbar seien, denke?
5. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)

Wie hat sich die Bundesregierung im Kontext der Corona-Krise für die Lockerung oder Aufhebung von US-Wirtschaftssanktionen eingesetzt, die be-

troffene Länder wie Venezuela, Kuba, Iran, Syrien oder Russland bei der Bekämpfung der SARS-CoV-2-Pandemie massiv behindern („Acht Länder fordern Ende von Sanktionen wegen Corona“, 26. März 2020, www.rnd.de/politik/acht-lander-fordern-ende-von-sanktionen-wegen-corona-6Q7PO4UIIA56O7L3KX5Z6Y22MA.html), und schließt sie sich den Forderungen des UN-Generalsekretärs António Guterres für einen weltweiten Waffenstillstand („Guterres: Aufruf zu einem Globalen Waffenstillstand“, 23. März 2020, unric.org) und der UN-Menschenrechtskommissarin Michelle Bachelet für die Aussetzung von Sanktionen an („UN: Sanktionen während der Corona-Krise aussetzen“, 24. März 2020, www.focus.de)?

6. Abgeordnete
Lisa Badum
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ist davon auszugehen, dass die Bundesregierung derzeit in Kooperation mit anderen europäischen Regierungen einen „Green Recovery Plan“ entwirft, der sich an dem Green Deal orientiert, und inwiefern hat dieser Auswirkungen auf die deutsche EU-Ratspräsidentschaft?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

7. Abgeordneter
Konstantin Kuhle
(FDP)
- Über welche Erkenntnisse verfügt die Bundesregierung zu Standortabfragen (sogenannte PSI-Requests über das SS7-Protokoll) durch saudi-arabische Telekommunikationsanbieter bei deutschen Netzbetreibern über den Aufenthaltsort der Mobiltelefone saudi-arabischer Bürger, die geeignet sind, ein Bewegungsprofil dieser Bürger im Bundesgebiet zu erstellen (vgl. www.theguardian.com/world/2020/mar/29/revealed-saudis-suspected-of-phone-spying-campaign-in-us; letzter Abruf: 9. April 2020)?
8. Abgeordnete
Lisa Badum
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Mit welchen konkreten Unternehmen ist die Bundesregierung derzeit im Gespräch für eine direkte staatliche Unterstützung aus dem Wirtschaftsstabilisierungsfonds, und um welche Unterstützungsummen geht es in den jeweiligen Verhandlungen?
9. Abgeordneter
Dr. Christoph Hoffmann
(FDP)
- Welche ökonomischen Schäden erwartet die Bundesregierung durch die fortgesetzte Schließung der deutschen Grenzen zu Frankreich und der Schweiz?

10. Abgeordneter
Dr. Christian Jung
(FDP)
- Sind hinsichtlich der Lockerung der Beschränkungen aufgrund der Coronavirus-Pandemie zwischen der Bundeskanzlerin und den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder am 15. April 2020 Öffnungsperspektiven für den Gastronomiebereich diskutiert worden, und mit welcher Begründung wurden Optionen, wie die Wahrung von geeigneten Abständen in Restaurants, abgelehnt?
11. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele große Unternehmen haben seit dem 27. März 2020 nach den Regelungen des Wirtschaftsstabilisierungsfondsgesetzes (WStFG) – vor allem der §§ 15 ff. des Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetzes – aufgrund dessen begünstigende Maßnahmen in Anspruch genommen beziehungsweise bewilligt erhalten, und welchen Kapitalwert haben diese Inanspruchnahmen beziehungsweise Bewilligungen insgesamt?
12. Abgeordneter
**Alexander Graf
Lambsdorff**
(FDP)
- Auf welche Rechtsnormen hat die EU-Kommission verwiesen, als sie die Bundesregierung aufforderte, das nach Auffassung der Kommission europarechtswidrige deutsche Ausfuhrverbot für Atemmasken und weitere medizinische Schutzausrüstung aufzuheben, das die Bundesregierung am 4. März 2020 unabgestimmt mit den EU-Partnern erließ (Quelle: www.politico.eu/article/coronavirus-europe-failed-the-test/)?
13. Abgeordneter
**Stephan Kühn
(Dresden)**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Unternehmen in Sachsen nutzen coronabedingte Kredite der KfW-Programme (bitte unter Angabe der Anzahl der Unternehmen und der Gesamthöhe der Kredite), und wie viele Unternehmen in Sachsen nutzen Zuschüsse der coronabedingten Soforthilfeprogramme der Bundesregierung für Kleinstunternehmen, Solo-Selbständige und Start-ups (bitte unter Angabe der Anzahl der Unternehmen und der Gesamthöhe der Zuschüsse)?
14. Abgeordnete
**Britta Katharina
Dassler**
(FDP)
- Plant die Bundesregierung, auf die Landesregierungen einzuwirken, um kurzfristig auch eine Öffnung für Geschäfte mit einer Verkaufsfläche von über 800 qm unter Einhaltung der Hygiene- und Abstandsregeln zu erwirken, und wenn ja, wie, und wenn nein, warum nicht?
15. Abgeordnete
Dr. Julia Verlinden
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Sieht die Bundesregierung Regulierungsbedarf für die 176.000 Solaranlagen, für die zwischen 2021 und 2025 die Finanzierung über das Erneuerbare-Energien-Gesetz endet, zum Beispiel, um eine sogenannte wilde Einspeisung oder ein Abschalten

der Solaranlagen zu verhindern, und wenn ja, bis wann wird die Bundesregierung dazu gesetzliche Regelungen vorlegen, wenn nein, warum nicht?

16. Abgeordnete
Dr. Julia Verlinden
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele bisher unbearbeitete/noch nicht bewilligte Förderanträge für Zuschüsse zur energetischen Gebäudesanierung (Heizungstausch, Gebäudeenergieberatung, Sanierungsfahrplan, erneuerbare Energien etc.) liegen derzeit beim Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle, und welches Antragsdatum tragen die 28 am längsten zurückliegenden noch nicht bewilligten Anträge?
17. Abgeordnete
Dr. Ingrid Nestle
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Führt oder führen nach Kenntnis der Bundesregierung entweder eine zweite Gebotskomponente im Fall von Null-Cent-Geboten oder Differenzverträge zu kostengünstigerem Zubau von Windenergie auf See, und welches der beiden Fördersysteme erreicht nach Ansicht der Bundesregierung mit höherer Wahrscheinlichkeit die angestrebten Ausbauziele (<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/173/1917337.pdf>)?
18. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Auf welche Summen in Gigawattstunden im Jahr 2017, 2018 oder 2019 belaufen sich die Strommengen, für welche die 50 rechtlich kritischen Firmen (bitte auch für die kompletten 300 Unternehmen angeben) keine EEG-Umlage aufgrund fiktiver Kraftwerksbeteiligungen zahlen, und beabsichtigt die Bundesregierung tatsächlich, eine erweiterte Amnestieregelung in den nächsten Wochen anzustoßen, damit bestimmte Firmen nicht nachträglich die EEG-Umlage entrichten müssen (www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/eeg-umlage-wie-sich-die-industrie-den-oekostromzuschlag-sparen-will-a-00000000-0002-0001-0000-000170435645)?
19. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann wird nach Kenntnis der Bundesregierung der Solardeckel gestrichen, und wie viele Menschen arbeiten aktuell nach Kenntnis der Bundesregierung im Bereich Planung und Errichtung von PV-Anlagen?
20. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Inwieweit entsteht nach Kenntnis der Bundesregierung ein Konflikt zwischen der Einschränkung des Genehmigungsermessens in § 6 Absatz 3 des Kriegswaffenkontrollgesetzes und der Bindung des Genehmigungsermessens durch Artikel 3 (De-minimis) des Deutsch-Französischen Abkommens vom 23. Oktober 2019 über Ausfuhrkontrollen im Rüstungsbereich vor dem Hintergrund, dass von der Anlage 2 des Abkommens nicht alle Güter der Kriegswaffenliste erfasst sind,

die geeignet sind, in ein übergeordnetes Waffensystem integriert zu werden, und auf welcher Rechtsgrundlage gründet diese Auffassung?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz

21. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.) Wann wird nach Kenntnis der Bundesregierung das Hauptverfahren gegen den mutmaßlichen Rechtsterroristen Franco A. eröffnet werden?
22. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.) Wie ist nach Kenntnis der Bundesregierung der Verfahrensstand der Ermittlungsverfahren gegen H. J. und J. H. H. wegen Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Straftat (bitte ggf. mit Nennung des Datums der Eröffnung der Hauptverhandlung beantworten)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

23. Abgeordneter
Stephan Kühn
(Dresden)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) In wie vielen Unternehmen in Sachsen gibt es aufgrund der Corona-Krise Kurzarbeit, und wie viele Beschäftigte in Sachsen sind deshalb in Kurzarbeit bzw. erhalten Kurzarbeitergeld?
24. Abgeordnete
Maria Klein-Schmeink
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Inwiefern und ab wann sind Ausgleichszahlungen zur Kompensation für durch das Coronavirus bedingte Einnahmeausfälle für weitere Einrichtungen, die sich um die Versorgung besonders schutzbedürftiger Menschen kümmern, wie beispielsweise Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe, psychiatrische Institutsambulanzen und die Gemeindepsychiatrie oder die sozialpädiatrischen Zentren und medizinischen Zentren für Erwachsene mit Behinderung, vorgesehen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

25. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Wann soll die laut Bundesverteidigungsministerium zeitnah nach Ostern zu treffende Entscheidung über die Ersetzung des Waffensystems Tornado mit den Fähigkeiten Bomber, Aufklärungsflugzeug, Elektronische Kampfführung und Nuklearer Teilhabe erfolgen (AFP vom 10. April 2020), und inwieweit trifft es zu, dass die Nachfolgelösung ein US-Modell umfassen muss, weil die Bundesregierung ausdrücklich den bruchfreien Fähigkeitserhalt der Nuklearen Teilhabe gewährleisten will, was vor dem Hintergrund einer notwendigen Zertifizierung durch die USA so problemloser möglich erscheint als beim Eurofighter (<https://augengeradeaus.net/2020/02/debatt-e-ueber-tornado-nachfolge-noch-ein-bisschen-komplizierter/>)?
26. Abgeordneter
Bijan Djir-Sarai
(FDP)
- Wie kann es sein, dass Deutschland sich mit keinem einzigen Schiff an der Marine-Mission Irini beteiligen wird, vor dem Hintergrund, dass die Bundesregierung letztes Jahr federführend die Libyen-Konferenz organisiert und sich anschließend auf EU-Ebene maßgeblich für die Marine-Mission Irini zur Einhaltung des Waffenembargos eingesetzt hat?
27. Abgeordnete
Kathrin Vogler
(DIE LINKE.)
- Warum ist das Beschaffungsamt der Bundeswehr inzwischen nicht mehr zuständig für die Beschaffung von medizinischer Schutzkleidung, und warum verlässt sich die Bundesregierung nun bei der Beschaffung auf die Privatwirtschaft?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft

28. Abgeordnete
Carina Konrad
(FDP)
- Liegt der Bundesregierung eine Übersicht der Maßnahmen vor, die für die Einreise ausländischer Erntehelfer von den Betriebsleitern zu ergreifen sind?
29. Abgeordneter
Friedrich Ostendorff
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann wurde nach Kenntnis der Bundesregierung ein Arzt bzw. das zuständige Gesundheitsamt im Fall des in Bad Krozingen verstorbenen rumänischen Spargelstechers nach dem Auftreten erster Symptome in die Behandlung des Patienten bzw.

Überwachung der Sicherheitsmaßnahmen in dem Betrieb involviert, und welche Behandlung wurde vorgenommen?

30. Abgeordneter
Friedrich Ostendorff
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Durch welche Kontrollmaßnahmen wird sichergestellt, dass die Vorgaben des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft zum Schutz der Arbeitnehmer in den Betrieben eingehalten werden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

31. Abgeordnete
Sabine Zimmermann
(Zwickau)
(DIE LINKE.)
- Wie hoch war nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren 1995, 2000, 2005, 2010, 2015, 2016, 2017, 2018 und 2019 jeweils die Zahl der Krankenhäuser und Krankenhausbetten in Deutschland, und wie hoch sind derzeit die Anteile der allgemeinen Krankenhäuser mit Betten zur intensivmedizinischen Versorgung an den allgemeinen Krankenhäusern insgesamt bei öffentlichen, freigemeinnützigen und privaten Krankenhäusern sowie deren jeweilige Gesamtkapazität an Betten zur intensivmedizinischen Versorgung?
32. Abgeordnete
Sabine Zimmermann
(Zwickau)
(DIE LINKE.)
- Wie hoch war nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren 1995, 2000, 2005, 2010, 2015, 2016, 2017, 2018 und 2019 jeweils die Zahl der Krankenhäuser und Krankenhausbetten pro 100.000 Einwohner in Deutschland, und wie hoch ist derzeit in den fünf Bundesländern mit der geringsten und mit der höchsten Krankenhausbettendichte jeweils die Krankenhausbettendichte pro 100.000 Einwohner?
33. Abgeordneter
Dr. Rainer Kraft
(AfD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, welche Verzögerung durch die im Rahmen der Vereinbarung über die gemeinsame Beschaffung erfolgten Ausschreibungen durch die EU-Kommission eingetreten ist, und welche eigenen Ausschreibungen hat die Bundesregierung in diesem Zusammenhang selbst veröffentlicht (https://ec.europa.eu/info/live-work-travel-eu/health/coronavirus-response/public-health_de)?
34. Abgeordnete
Kordula Schulz-Asche
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Bedarfsrechnungen für Schutzmaterialien seitens einiger Leistungserbringer für einzelne Bundesländer (www.haeusliche-pflege.net/Infopool/Nachrichten/bpa-Landesgruppen-errechnen-taeglichen-Bedarf)?

f-an-Schutzkleidung-und-Desinfektionsmitteln), und wie hoch beziffert die Bundesregierung den aktuellen und den zu erwartenden Bedarf in den kommenden Wochen?

35. Abgeordnete
Kordula Schulz-Asche
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie stellt die Bundesregierung sicher, dass die Zertifizierungsprozesse für Unternehmen, die auf die Herstellung von Schutzausrüstungen und Desinfektionsmitteln umgestellt haben, schnellstmöglich und unbürokratisch stattfinden können, und wie lange dauern diese Prozesse im Durchschnitt?
36. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)
- Hält die Bundesregierung eine staatlich organisierte Produktion und Verteilung notwendiger Komponenten zur Bereitstellung von Corona-Tests in ausreichender Anzahl angesichts der Engpässe auf dem Weltmarkt für notwendig, und wenn nein, wie soll nach ihrer Ansicht sichergestellt werden, dass Testkapazitäten auch bei steigendem Bedarf jederzeit verfügbar sind?
37. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)
- Ist der Verzicht auf die Verhängung einer Tragepflicht von Mund-Nasen-Schutz an sensiblen Punkten in der Öffentlichkeit darauf zurückzuführen, dass keine ausreichende Bereitstellung solcher Produkte möglich ist, oder welche Gründe sind dafür ausschlaggebend, wenn die Bundesregierung selbst die Empfehlung des Robert Koch-Instituts bestätigt, dass durch das Tragen von Communitymasken das Risiko von Corona-Infektionen reduziert werden kann?
38. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)
- Welcher Art ist die Zusammenarbeit zwischen dem Robert Koch-Institut und der Firma Thryve bei der Entwicklung der „Datenspende-App“ (www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Corona-Datenspende.html), und wie ist die Firma Thryve an der Verarbeitung der anfallenden (pseudonymisierten) Daten beteiligt?
39. Abgeordnete
Christine Aschenberg-Dugnus
(FDP)
- Wie beabsichtigt die Bundesregierung, COVID-19-Testungen von Personen, die im Gesundheitswesen und in Pflegeeinrichtungen tätig sind und dadurch im berufsmäßigen Kontakt zu vulnerablen Personen stehen, sicherzustellen, und inwieweit ist vorgesehen, diese Personen regelmäßig zu untersuchen?
40. Abgeordneter
Dr. Gero Clemens Hocker
(FDP)
- Wird die Bundesregierung bei zukünftigen Entscheidungen über das Zurückfahren der Einschränkungen durch das Coronavirus gewährleisten, dass diese unabhängig von pauschalen Größen wie etwa der vorhandenen Geschäftsfläche getroffen werden und stattdessen die Einhaltung

notwendiger Hygiene- und Infektionsschutzstandards als Kriterium dient, sodass z. B. zoologische Gärten und Restaurants wieder öffnen könnten, und wenn ja, wie?

41. Abgeordneter
Alexander Graf Lambsdorff
(FDP)
- Wird die Bundesregierung kurzfristig ihren finanziellen Beitrag an die WHO erhöhen und gegenüber den europäischen Partnern dafür werben, den Zahlungsausfall der USA an die Organisation für die Dauer der Corona-Pandemie gemeinsam zu kompensieren?
42. Abgeordnete
Kathrin Vogler
(DIE LINKE.)
- Wie reagiert die Bundesregierung konkret auf den Zahlungsstopp der USA an die WHO?
43. Abgeordnete
Corinna Rüffer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Auf welcher Rechtsgrundlage dürfen Krankenhäuser nach Kenntnis der Bundesregierung die Mitaufnahme von Assistenten oder anderen Begleitpersonen, auf die behinderte Menschen aus medizinischen Gründen auch während eines Krankenhausaufenthalts angewiesen sind, wie mir von Betroffenen berichtet wurde, unter Verweis auf Schutzmaßnahmen im Zusammenhang mit dem SARS-CoV-2-Virus verweigern, und durch welche Maßnahmen will die Bundesregierung verhindern, dass es durch derartige Weigerungen zu Unterversorgung, Fehlversorgung oder Folgeschäden bei den betroffenen behinderten Menschen kommt (bitte die Antwort danach differenzieren, ob die Krankenhausbehandlung aufgrund einer COVID-19-Erkrankung oder aus anderem Grund erfolgt)?
44. Abgeordnete
Dr. Kirsten Kappert-Gonther
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Kenntnis hat die Bundesregierung über die Entwicklung des Drogenkonsums in den letzten Wochen, und inwieweit ist der Zugang zur Drogenhilfe nach Kenntnis der Bundesregierung gewährleistet?
45. Abgeordnete
Dr. Kirsten Kappert-Gonther
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welchen Einfluss hat die politische Haltung des Bundesgesundheitsministers auf die Ablehnung des wissenschaftlichen Modellprojekts zur kontrollierten Abgabe von Cannabis des Landes Berlin (vgl. www.neues-deutschland.de/artikel/1135306.cannabis-modellversuch-darauf-erstmal-einen-joint.html), und hat bei der Prüfung des Antrags durch das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte eine Abwägung nach ethischen Kriterien hinsichtlich der Beschaffung von Cannabis auf dem Schwarzmarkt im Vergleich zu einer kontrollierten und wissenschaftlich begleiteten Abgabe stattgefunden?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr
und digitale Infrastruktur**

46. Abgeordneter
Stefan Gelbhaar
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche EU-beihilferechtlichen Schwierigkeiten sieht die Bundesregierung bei der Finanzierung der Aufrechterhaltung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) in der Corona-Krise mittels der zur Verfügung stehenden Regionalisierungsmittel, und welche konkreten Maßnahmen strebt die Bundesregierung an, um die Bundesländer zu unterstützen, das Angebot des ÖPNV in Deutschland während der Corona-Krise (im bzw. nach dem Shutdown) aufrechtzuerhalten?
47. Abgeordneter
Stefan Gelbhaar
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche verkehrsrechtlichen temporären Maßnahmen plant die Bundesregierung, damit Kommunen es Bürgerinnen und Bürgern ermöglichen können, beim Zufußgehen (etwa beim Spaziergang, beim Joggen oder bei Versorgungswegen) während der Corona-Maßnahmen den vorgeschriebenen Mindestabstand von 1,5 Metern auch bei engen Gehwegen während Begegnungen zweier Zufußgehender oder während Überholvorgängen jederzeit einzuhalten, und wenn die Bundesregierung hierzu keine Sonderregelungen plant, wie positioniert sich die Bundesregierung bezüglich der Möglichkeit, sämtliche Nebenstraßen für Zufußgehende (etwa in Form temporärer Begegnungszonen oder Spielstraßen) freizugeben?
48. Abgeordneter
Torsten Herbst
(FDP)
- Welche laufenden Vorhaben und Umsetzungsschritte zu einem Anschluss von Chemnitz an das Fernverkehrsnetz der Deutschen Bahn AG meint der DB-Infrastrukturvorstand Ronald Pofalla nach Auffassung der Bundesregierung in seinem Interview mit dem Mitteldeutschen Rundfunk vom 2. März 2020 mit den Worten „gehen Sie mal davon aus, dass wir da mit Hochdruck dran arbeiten“, und welche konkreten Umsetzungsschritte zu einem Anschluss von Chemnitz an das Fernverkehrsnetz hat die Deutsche Bahn AG nach Kenntnis der Bundesregierung in den vergangenen zehn Jahren realisiert (www.mdr.de/sachsen/bahn-vorstandsmitglied-pofalla-interview-100.html)?
49. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie hat sich die Anzahl der Güterverkehrsstellen in Deutschland seit dem Jahr 2000 entwickelt (bitte ggf. ausschließlich die Güterverkehrsstellen der bundeseigenen Deutschen Bahn AG darstellen; bitte für die einzelnen Jahre bis einschließlich 2019 darstellen)?

50. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- In welcher Region mit einem großen Verkehrsknoten, aber geringem Ausbaubedarf, soll der Deutschland-Takt schon im Jahr 2021 verwirklicht werden (Aussage des Parlamentarischen Staatssekretärs Enak Ferlemann in Eurailpress-ETR Nr. 10/2019), und welche Akteure sollen daran beteiligt werden?
51. Abgeordneter
Markus Herbrand
(FDP)
- In welchem Umfang wurden nach Kenntnis der Bundesregierung im Rahmen des Breitbandförderprogramms des Bundes in den vergangenen fünf Jahren Glasfaserkabel mit einer möglichen Kapazität von einem Gigabyte in der gesamten Städteregion Aachen verlegt (bitte Angaben zur Gesamtlänge der verlegten Glasfaserleitungen pro Jahr und zur Höhe der jährlich dafür eingesetzten Gesamtfördermittel machen)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit

52. Abgeordnete
Sylvia Kotting-Uhl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele deutsche Mitarbeitende nehmen nach Kenntnis der Bundesregierung an der laufenden Jahresrevision des ersten Blocks des Atomkraftwerks Beznau in der Schweiz teil (vgl. www.badsche-zeitung.de/schweizer-atomkraftwerke-fahren-einen-unterschiedlichen-corona-kurs--184822807.html), und hat die Bundesregierung die Schweizer Behörden aufgefordert, ein in Zeiten der Corona-Pandemie angemessenes Revisionskonzept mit u. a. weniger Personal zu entwickeln, um einer massiven Verbreitung des Virus in der Grenzregion zu Deutschland vorzubeugen?
53. Abgeordnete
Carina Konrad
(FDP)
- Welche konkreten „Maßnahmen zum Schutz der biologischen Vielfalt“, von denen die Bundesministerin Svenja Schulze am 2. April 2020 sprach (siehe: <https://twitter.com/SvenjaSchulze68/status/1245691835181342721?s=19>), ergreift die Bundesregierung, um eine weltweite Naturzerstörung durch eigene Extensivierung nicht zu beschleunigen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

54. Abgeordneter
Torsten Herbst
(FDP) Welche Tele-Learning-Konzepte und Plattformen, die das Lernen über einen längeren Zeitraum ohne Schülerpräsenz in der Schule ermöglichen, stehen nach Kenntnis der Bundesregierung gegenwärtig in den 16 Bundesländern zur Verfügung, und welche koordinierenden bzw. unterstützenden Maßnahmen hat die Bundesregierung in den vergangenen fünf Jahren veranlasst, um die Einführung solcher Konzepte zu beschleunigen?
55. Abgeordneter
Grigorios Aggelidis
(FDP) Auf Basis welcher Daten und Fakten und wissenschaftlichen Erkenntnisse basiert die Entscheidung, Kitas und Grundschulen weiterhin zum größten Teil geschlossen zu halten?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

56. Abgeordneter
Dr. Christoph Hoffmann
(FDP) Plant die Bundesregierung, weitere humanitäre Hilfszahlungen an die von der Heuschreckenplage betroffenen ostafrikanischen Länder bzw. an internationale Organisationen zu leisten, und welche weitere Unterstützung lässt sie diesen Ländern bzw. Organisationen zukommen?
57. Abgeordneter
Dr. Rainer Kraft
(AfD) Ist der Bundesregierung bekannt, wie die Zweckbindung der EU-Gelder für Entwicklungsländer im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie sichergestellt werden soll, und welche Haltung nimmt die Bundesregierung zu direkten Budgethilfen für Entwicklungsländer ein (www.tagesschau.de/ausland/eu-coronahilfen-101.html)?
58. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) In welcher Höhe wurden bereits Mittel für das von der Weltbank finanzierte Staudammprojekt im Bisri-Tal (Libanon) verausgabt (bitte nach Ausgabeposten auflisten), und inwieweit gibt es Planungen, die ausstehenden Mittel zurückzustellen bzw. umzuwidmen (www.legal-agenda.com/article.php?id=6700)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

59. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD)
- In welcher Höhe flossen nach Kenntnis der Bundesregierung finanzielle Hilfen von den sogenannten politischen Stiftungen (Friedrich-Ebert-Stiftung, Konrad-Adenauer-Stiftung, Hanns-Seidel-Stiftung, Friedrich-Naumann-Stiftung, Heinrich-Böll-Stiftung, Rosa-Luxemburg-Stiftung) in den Jahren 2016, 2017, 2018, 2019 jeweils an ausländische Nichtregierungsorganisationen?
60. Abgeordneter
Stefan Schmidt
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Bundesländer werden nach Kenntnis der Bundesregierung das Bundesmodell zur Neuregelung der Grundsteuer übernehmen oder davon abweichen wollen (bitte aufschlüsseln), und welche vom Bundesmodell abweichenden Ländermodelle wurden der Bundesregierung zwischenzeitlich differenzierter erläutert?
61. Abgeordneter
Stefan Schmidt
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche konkreten Überlegungen hat die Bundesregierung zu einem gemeinsamen Rettungsschirm für Kommunen von Bund und Ländern, wie ihn z. B. der Deutsche Städtetag fordert (www.staedtetag.de/presse/statements/092109/index.html), und welche Gespräche fanden dazu mit den Ländern statt, um mit ihnen die Finanzhilfen für Kommunen abzustimmen?
62. Abgeordneter
Markus Herbrand
(FDP)
- Stellen – sofern die Bundesregierung die Einführung einer Vermögensabgabe oder eines vergleichbaren Instruments zur Gegenfinanzierung der durch die Corona-Krise verursachten Kosten diskutiert – die Folgen der Corona-Pandemie aus Sicht der Bundesregierung eine rechtliche Grundlage dar, um eine einmalige Vermögensabgabe im Sinne von Artikel 106 Absatz 1 Nummer 5 des Grundgesetzes einzuführen, wonach ein besonderer, außergewöhnlicher Finanzbedarf des Staates vorausgesetzt werden muss, was etwa von den Wissenschaftlichen Diensten des Deutschen Bundestages jüngst angezweifelt wird (vgl. WD 4 – 3000 – 041/20 vom 9. April 2020; bitte begründen), und stimmt die Bundesregierung meiner Ansicht zu, dass, selbst, wenn die Bundesregierung die benannten Grundlagen für eine Vermögensabgabe als erfüllt ansieht, von einer einmaligen Vermögensabgabe aus ökonomischen, bürokratischen und rechtlichen Gründen tunlichst abzusehen ist (bitte auf die jeweiligen Gründe in der Antwort Bezug nehmen)?

63. Abgeordneter
Jens Beeck
(FDP)
- Plant die Bundesregierung Änderungen bei den rechtlichen Vorgaben für KfW-Corona-Hilfen, so dass der Status der Gemeinnützigkeit bei der Beantragung der Hilfen beispielsweise durch Inklusionsfirmen kein Hindernis ist (falls nein, bitte begründen), und aus welchen Gründen hat das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) die bis einschließlich der vergangenen Woche vertretene Rechtsauffassung (vgl. Fragen und Antworten zum Sozialdienstleister-Einsatzgesetz [SoDEG] auf den Internetseiten des BMAS, Versionen vor und nach dem 9. April 2020) zur Anspruchsberechtigung von gemeinnützigen Unternehmen zurückgezogen?
64. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- In wie vielen großen Unternehmen, die Vorteile aufgrund des Wirtschaftsstabilisierungsfondsgesetzes (WStFG) genießen beziehungsweise zugesagt erhielten, beziehen nach Kenntnis der Bundesregierung einzelne (Management-)Mitarbeiter, Berater oder Aufsichtsräte – ungeachtet etwaigen Teilverzichts – trotzdem weiterhin hohe Vergütungen (inklusive Sachbezügen, Boni und Versorgungsanwartschaften) über 100.000 Euro pro Jahr – wie bislang etwa beispielsweise bei der Adidas AG (siehe hierzu die Seiten 42 bis 44 auf www.adidas-group.com/media/filer_public/e6/d8/e6d8a3fe-26eb-4463-99ad-6fb4ccaa55f7/einzelabschluss_ag_2019_de.pdf), und wie viele Personen in diesen Unternehmen verdienen nach Kenntnis der Bundesregierung weiterhin so viel (bitte differenziert auflisten nach Verdienst über 100.000 Euro, 500.000 Euro, 1 Mio. Euro, 2 Mio. Euro jeweils pro Jahr)?
65. Abgeordneter
Tobias Matthias Peterka
(AfD)
- Wie positioniert sich die Bundesregierung vor dem Hintergrund der kürzlichen Ablehnung der italienischen Regierung von ca. 39 Mrd. Euro Hilfgeldern aus dem Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) und der damit verbundenen Forderung nach der Einführung von „Corona-Bonds“ in den weiteren Verhandlungen diesbezüglich auf EU-Ebene (vgl. Münchner Merkur vom 14. April 2020, www.merkur.de/welt/corona-italien-todesopfer-tote-fallzahlen-entwicklung-infi-zierte-karte-aktuell-covid-19-news-zr-13642289.html)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern,
für Bau und Heimat**

66. Abgeordneter
**Tobias Matthias
Peterka**
(AfD)
- Misst die Bundesregierung der politischen Arbeit der Parteien (interne und öffentliche Veranstaltungen) aufgrund des Parteienprivilegs aus Artikel 21 des Grundgesetzes, im Vergleich zu sonstigen derzeit durch Infektionsschutzmaßnahmen in Zusammenhang mit der „Corona-Pandemie“ untersagten Personenzusammenkünften, einen erhöhten Stellenwert bei, und sieht sie Anlass, etwa in den Bund-Länder-Gesprächen, darauf hinzuwirken, entsprechende Ausnahmeregelungen für Parteiveranstaltungen zu treffen (vgl. nur swp.de vom 16. April 2020, <https://swp.de/politik/inland/corona-deutschland-news-merkel-und-laenderchefs-die-se-corona-massnahmen-gelten-aktuell-wegen-coronavirus-deutschland-45469041.html>, zuletzt abgerufen am 16. April 2020)?
67. Abgeordneter
Oliver Luksic
(FDP)
- Wie begründet die Bundesregierung die Verlängerung der Grenzkontrollen an der deutsch-französischen Grenze bis zum 4. Mai 2020, insbesondere im Hinblick auf die strikte, sanktionsbewehrte Ausgangssperre, die in Frankreich gilt (www.dw.com/de/seehofer-verl%C3%A4ngert-grenzkontrollen-um-20-tage/a-53135393 und www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/laender-frankreich-node/frankreichsicherheit/209524), und von welchen Faktoren macht die Bundesregierung ein Ende bzw. eine Verlängerung der Grenzkontrollen abhängig (bitte, wenn möglich, einzeln und nach Gewichtung aufführen)?
68. Abgeordneter
Oliver Luksic
(FDP)
- Wie begründet die Bundesregierung die Grenzkontrollen an der deutsch-luxemburgischen Grenze, insbesondere im Hinblick auf die gleichzeitig unkontrollierte deutsch-belgische Grenze (www.sueddeutsche.de/politik/international-mainz-dreyer-wegen-luxemburg-grenzkontrollen-mit-seehofer-reden-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-200415-99-713922), und welche Faktoren liegen den unterschiedlichen Entscheidungen bezüglich Luxemburg bzw. Belgien zugrunde (bitte, wenn möglich, einzeln und nach Gewichtung aufführen)?
69. Abgeordnete
Dr. Irene Mihalic
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern hat die Bundesregierung die aktuell verordneten partiellen Grenzkontrollen mit den angrenzenden EU-Staaten abgestimmt, und inwiefern hält die Bundesregierung Grenzkontrollen für ein wirksames Mittel zur Verhinderung der Infektion?

70. Abgeordnete
Dr. Irene Mihalic
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern sind der Bundesregierung aktuell Bestrebungen im Bereich des Rechtsextremismus bekannt, die Corona-Krise im Sinne ihrer Planungen zu instrumentalisieren?
71. Abgeordnete
Filiz Polat
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie oft hat der Kabinettsausschuss zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus getagt, und was sind die Ergebnisse dieser Treffen?
72. Abgeordnete
Filiz Polat
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie ist der Wortlaut der Rechtsakte des Bundesministers des Innern, für Bau und Heimat sowohl für den Einreisestopp vom 25. März 2020 als auch für die jetzige Kontingentierung der Einreise von Saisonarbeitskräften und Erntehelferinnen und Erntehelfern im Zusammenhang mit der Corona-Epidemie, und welche Rechtsgrundlagen liegen ihnen zu Grunde?
73. Abgeordneter
Christian Kühn
(Tübingen)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Plant das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, einen „Sicher-Wohnen-Fonds“ oder andere Hilfen für Kleinvermieter aufzulegen, und wie ist der Zeitplan?
74. Abgeordneter
Christian Kühn
(Tübingen)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Plant die Bundesregierung oder ein Bundesministerium eine Verlängerung der kommunalen Vorkaufsfristen bei Immobilien in Zeiten der COVID-19-Pandemie, und wenn nicht, warum nicht?
75. Abgeordneter
Dr. Christian Jung
(FDP)
- Sind hinsichtlich der Lockerung der Beschränkungen aufgrund der Coronavirus-Pandemie zwischen der Bundeskanzlerin und den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder am 15. April 2020 Perspektiven für Gottesdienste diskutiert worden, und mit welcher Begründung wurden Optionen, wie die Einhaltung von Abständen, die auch im Handel zum Einsatz kommen werden, für Gotteshäuser abgelehnt?
76. Abgeordneter
Konstantin Kuhle
(FDP)
- Welche Erkenntnisse haben die Sicherheitsbehörden des Bundes hinsichtlich einer selbsternannten „Reichsbewegung“, die angekündigt hat, ab dem 1. Mai 2020 koordinierten Widerstand gegen die zur Eindämmung der SARS-CoV-2-Infektionen verhängten Maßnahmen zu leisten, und inwieweit wird nach Kenntnis der Bundesregierung bereits wegen Straftaten durch Mitglieder dieser Gruppierung gegen Einzelpersonen ermittelt (vgl. www.tagesschau.de/investigativ/reichsbewegung-corona-101.html, letzter Abruf 16. April 2020)?

77. Abgeordnete
Sylvia Kottling-Uhl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie wirkt sich nach Kenntnis der Bundesregierung das Coronavirus auf die Arbeit der auf Bundes- und Länderebene für Katastrophenschutz hauptsächlich zuständigen Behörden und Dienste (wie z. B. das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe [BBK], das Technische Hilfswerk [THW], die Bundeswehr, die Polizei- und Feuerwehrräfte) aus, und rechnet sie im Falle eines Atomunfalles mit massiver Freisetzung von Radioaktivität im Inland oder dicht an der deutschen Grenze mit einer eingeschränkten bzw. verlangsamten Einsatzfähigkeit dieser Behörden und Dienste?
78. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)
- Wie ist die derzeit vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) praktizierte Aussetzung von Überstellungsfristen im Dublin-Verfahren, um zu verhindern, dass Deutschland durch Fristablauf für die Asylprüfung zuständig wird (siehe: www.proasyl.de/news/aussetzung-der-dublin-fristen-erst-chaos-dann-klagewelle/), mit der Mitteilung der EU-Kommission vom 16. April 2020 zu COVID-19-Leitlinien im Asylbereich (C(2020) 2516 final) vereinbar, in der es auf Seite 8 heißt, dass es keine Bestimmung der Dublin-Verordnung erlaubt, in einer Situation wie der Coronapandemie, von Artikel 29 Absatz 2 der Dublin-III-Verordnung abzuweichen, wonach der ersuchende Staat für die Asylprüfung zuständig wird, wenn die Überstellung nicht in einer bestimmten Frist möglich ist (bitte in Auseinandersetzung mit der Stellungnahme der EU-Kommission begründen), und inwieweit hält es das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat angesichts dieser Stellungnahme der EU-Kommission und der ohnehin stark belasteten Verwaltungsjustiz (siehe Problembeschreibung im Referentenentwurf für ein Gesetz zur Beschleunigung, Vereinfachung und Vereinheitlichung von Asylklageverfahren) für sinnvoll, es zu dieser Frage zu – so meine Auffassung – einer Vielzahl hoch komplexer und womöglich langwieriger Rechtsstreitverfahren kommen zu lassen (vgl. zur rechtlichen Problematik im Detail: www.proasyl.de/wp-content/uploads/PRO-ASYL_ERBB_Praxishinweise-Aussetzung-Dublin_08.04.2020_korr.pdf), für deren Dauer der Asylstatus und das künftige Aufenthaltsland der betroffenen Schutzsuchenden völlig ungeklärt wäre (bitte begründen)?
79. Abgeordneter
Bijan Djir-Sarai
(FDP)
- Aus welchen Gründen sollen im Ergebnis einer Diskussion über Wochen über die Aufnahme unbegleiteter Kinder aus dem Flüchtlingscamp Moria auf der Insel Lesbos lediglich 50 Kinder in Deutschland aufgenommen werden, vor dem Hintergrund, dass im Flüchtlingscamp Moria auf der

Insel Lesbos derzeit 20.000 Menschen in einem Camp, das offiziell für 2.200 Menschen ausgelegt ist, leben, davon mehr als 900 unbegleitete Kinder?

80. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)

Inwiefern sind die Flugzeuge und Schiffe, die die Bundespolizei für Frontex-Missionen im Mittelmeer einsetzt, über eine Echtzeit-Positionsdarstellung ihrer Transponder (ADS-B oder AIS) mit Online-Dienstleistern wie Flightradar nachzuverfolgen (vgl. Antwort der Bundesregierung zu Frage 18 der Kleinen Anfrage auf Bundestagsdrucksache 19/16171), und was ist der Bundesregierung darüber bekannt, inwiefern Frontex eine solche Nachverfolgung nunmehr für eigene Einheiten oder auch Einheiten beteiligter Mitgliedstaaten verunmöglicht, indem die Anbieter hierzu um eine Blockierung gebeten wurden, sodass auch das Unterlassen von Rettungsmissionen nicht mehr kontrolliert werden kann (vgl. <https://twitter.com/scandura/status/1250526736086958081>)?

